

Blick zurück von vorn

Erfahrungen in der TVöD-Auseinandersetzung bei den Verkehrsbetrieben in Leipzig – von Marco Hamann*

In: express 6/2023

Die diesjährige Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst hatte es in sich: Bis zu einer halben Millionen Arbeiter:innen beteiligten sich an Streiks, Zehntausende traten in die Gewerkschaft ein. Auf die beeindruckende Mobilisierung folgte ein enttäuschendes Ende. Im Folgenden möchte ich ein paar Reflexionen zu Verlauf und Ausgang der Bewegung, ausgehend von der Erfahrung vor Ort in Leipzig, anstellen.

Wir sind in Leipzig mit einer ziemlich ambivalenten Ausgangssituation in die Tarifrunde gegangen. Für viele Kolleg:innen war ver.di ein rotes Tuch. Vettern- und Misswirtschaft (ehemaliger) ver.di-Funktionäre, die Unfähigkeit, die Ausgliederung großer Betriebsteile zu verhindern und die handzahme Tarifpolitik der letzten Jahre hatten die Hoffnung, durch gewerkschaftliche Organisierung etwas an der eigenen Lage ändern zu können, für viele zerrüttet. Resignation und individuelle Anpassung an die Umstände, die kaum einer glaubte ändern zu können, waren die vorherrschenden Umgangsformen mit dieser misslichen Lage. Entsprechend wenig Anklang fanden auch die wenigen Aktiven, die sich seit einigen Jahren in einer Betriebsgruppe zusammengeschlossen hatten.

Dann kam die Inflation. Aufgrund der niedrigen Löhne knapp über Mindestlohn gingen die Preissteigerungen für viele Kolleg:innen ans Eingemachte. Der Preisschock verband sich mit vielfältigen Leiden und Unzufriedenheiten: lange Schichten und Arbeitswege, eine enge Taktung mit wenig Verschnaufpausen – Arbeitsbedingungen, die krank machen. Diese Bedingungen wurden Thema auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung im Herbst letzten Jahres, bei der die akute Notlage durch die Inflation im Zentrum stand und die zu einem Auftakt für die kommenden Monate werden sollte.

Mobilisierung

In Leipzig begann die Tarifrunde durch den Einsatz von mehreren Organizer:innen mit viel Schwung. Ihr Fokus lag auf den Verkehrsbetrieben. Hier gelang es ihnen, Gruppen und Kommunikationskanäle für die verschiedenen Betriebsteile aufzubauen. Die meisten der späteren Aktiven wurden hier gewonnen. Auf die Organizer:innen geht auch der Vorstoß zur Gründung einer ehrenamtlichen Arbeitskampfleitung zurück, die sich aus Delegierten verschiedener Betriebe des Öffentlichen Dienstes zusammensetzte und die in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle für die Streikbewegung vor Ort spielen sollten.

Vorbereitung

Neben dem Einsatz der Organizer:innen waren es Arbeitsstreiks, die der ganzen Auseinandersetzung eine besondere Dynamik verliehen. Dabei handelt es sich um Streiks, die sich nur an einen kleinen Teil der Belegschaft richteten – häufig die Delegierten der Bezirklichen Arbeitskampfleitung (BAKL), je nach Anlass wurden die Aufrufe auf alle Aktiven ausgeweitet. Die Arbeitsstreiks waren die Form, durch die wir die Streiks und unsere Betriebe selbst organisierten. Hier wurden Streiktage und -posten vorbereitet, Ansprachen und Mobilisierungen in

die Betriebe hinein gestartet. Für viele neue und alte Gewerkschaftsmitglieder waren die Arbeitsstreiks und die gemeinsame Arbeit in der BAKL ein wichtiges Erlebnis: Gewerkschaft war zu etwas geworden, worin wir selbst tätig werden konnten, wo wir gemeinsam diskutieren, planen, entscheiden mussten. Nicht ganz leicht, wie ein Kollege in der Pause während der ersten BAKL-Sitzung auf die Aufforderung einer Organizerin – »ihr müsst das hier selbst machen« – hin bemerkte: »Weißt du, für uns ist das nicht so einfach, wir führen sonst immer nur Anweisungen aus.« Der weitere Verlauf sollte zeigen, dass es durchaus möglich war, sich aus dieser Position herauszuarbeiten.

Verlauf

Der erste mit Spannung erwartete Streiktag war ein Erfolg. Für 24 Stunden standen Busse und Bahnen still. Es war der erste ganztägige Streik überhaupt. Ein Streik, den wir unter Einbezug vieler Kolleg:innen weitgehend selbst organisiert hatten. Damit stand diese Erfahrung in einem eklatanten Gegensatz zu den vorangegangenen Tarifrunden, in denen ver.di-Hauptamtliche zwei Achtstunden-Streiks organisierten, ohne die Belegschaft aktiv einzubinden. Und dann wurde es regelrecht konfrontativ: Ein größeres Fußball-Spektakel sollte bestreikt werden. Die Nerven bei der Geschäftsführung und den Vorgesetzten lagen blank. Aber auch die Aktivsten unter uns traf das: Zweifel machten sich breit, ob wir stark genug wären, um über Nacht eine solche Konfrontation vorzubereiten und die Belegschaft mitzuziehen. Es war der Überzeugungsarbeit der Organizer:innen zu verdanken, dass der Entschluss schließlich gefasst wurde – mit Erfolg. Und dies sollte seine Wirkung auf die Kolleg:innen nicht verfehlen, die die neue Linie mit Begeisterung aufnahmen.

Dynamik der Bewegung

Innerhalb der ersten Monate des Jahres organisierten sich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung und einer neu gefassten Hoffnung hunderte Kolleg:innen (wieder) in ver.di. Eine Entwicklung, wie sie auch in anderen Betrieben und im ganzen Land zu beobachten war. Zehntausende strömten in die Gewerkschaft. Eine Trendwende, vorangetrieben durch den Druck der ökonomischen Verhältnisse, aber verstärkt durch eine kämpferische Rhetorik und aktive Mobilisierung für lohnenswerte Ziele. Auch wenn die Tarifrunde klar im Zeichen der Defensive stand – die Auswirkungen der Inflation auf die Lohnabhängigen zumindest abzumildern – erhielt sie durch die Höhe der Forderungen doch ein Niveau von Konfrontation, das den vorangegangen Runden im Öffentlichen Dienst abging. Diese Konfliktbereitschaft trifft offenbar auf die Zustimmung eines bedeutenden Teils der Lohnabhängigen. Davon zeugt auch die für den Öffentlichen Dienst vergleichsweise hohe Beteiligung an Streiks und Demonstrationen. Bis zuletzt und trotz der zunehmenden politischen und medialen Angriffe auf die Streikenden schienen zudem viele Menschen die Forderungen zu unterstützen. An den Streikposten gab es viel Zuspruch, nicht wenige drückten ihr Bedauern aus, in ihrem Betrieb selbst zu schwach aufgestellt zu sein, um zu streiken. Ist der ökonomische Druck, den man mit Streiks im Öffentlichen Dienst aufbauen kann, relativ gering, so entfaltet er doch eine Ausstrahlungskraft, die für die Erneuerung der Gewerkschaft als Bewegung genutzt werden sollte.

Schranken der Bewegung

Die große Beteiligung aus den Betrieben hatte innerhalb von kurzer Zeit für eine bemerkenswerte Dynamik gesorgt. Eine aus dem Kreis der BAKL organisierte Streikdemo mobilisierte 2.000 Kolleg:innen und war eine für deutsche Verhältnisse überaus lebendige Demonstration. Es kam zu gegenseitigen Unterstützungsaktionen, wobei Fahrer:innen in den Kitas die Erzieher:innen für den Streik zu gewinnen suchten. Auf einem großen Streikratschlag kamen hunderte Kolleg:innen zusammen, um weitergehende Fragen zu diskutieren. Resolutionen, die die Ausweitung der Bewegung oder die Koordinierung verschiedener Streiks forderten, wurden einstimmig beschlossen.

Am Horizont dräute aber stets die Schlichtung und bald schon der Tarifabschluss bei der Post. Wie von einigen erwartet, würde eine Schlichtung inklusive Friedenspflicht die Luft aus der Streikbewegung lassen und einen Kompromiss vorbereiten, der weit unter den Forderun-

gen bleiben würde. Zudem hatte ver.di in verhängnisvoller Weise das Votum der Postkolleg:innen für einen Erzwingungsstreik als Aufforderung interpretiert, sich ohne weiteres an den Verhandlungstisch zu setzen und ein Ergebnis abzunicken, welches als Blaupause für den Öffentlichen Dienst dienen sollte. Die als Inflationsausgleich apostrophierte Einmalzahlung kam hier als Ersatz für tabellenwirksame Lohnerhöhungen zum Zuge. Ein Instrument, gegen das wir seit Wochen argumentiert hatten und das als rote Linie in die Tarifverhandlungen gezogen werden sollte. Ein Instrument, das die DGB-Spitze im Zuge der konzertierten Aktion mitbeschlossen hatte. Ein Instrument also, das den Belegschaften nicht ganz zufällig mit den üblichen Bauchschmerzen verkauft werden sollte.

Abwicklung

Kritik an der Schlichtung und die Forderung nach ihrer Aufkündigung (die zu Beginn der Tarifrunde noch möglich gewesen wäre) wurde nur von Einzelnen in die Diskussion gebracht. Auffällig war dabei, wie sehr sich die Organizer:innen – mit dem Ziel der gewerkschaftlichen Erneuerung angetreten und mit großem Einfluss vor Ort – hier zurückhielten. Die ver.di-Führung hingegen hielt entschlossen an der Schlichtung fest. Als die Angriffe gegen den Streik sich auf Angriffe auf das Streikrecht ausweiteten, präsentierte Frank Werneke die sich vermittels der Schlichtung selbst auferlegten Einschränkungen als klugen Schachzug, diese Vorstöße abzufedern.

Beim Scheitern der dritten Verhandlungsrunde war die Mobilisierung auf einem Höhepunkt angelangt: in einigen Städten kam es zu gemeinsamen Aktionen von Beschäftigten und Klimabewegung, ein gemeinsamer Streik von ver.di und EVG hatte für 48-Stunden den Verkehr bundesweit lahmgelegt, zuletzt hatten sich eine halbe Millionen Beschäftigte an den Streiks beteiligt: verglichen mit der letzten großen Mobilisierung 1992 im Öffentlichen Dienst ein starker Aufschwung.

Mit dem Beginn der Schlichtung brach diese Dynamik, wie befürchtet, ein. Fortan ging der ver.di-Führung das Wort «Erzwingungsstreik« ähnlich schwer über die Lippen wie das Bundeslied des ADAV.¹ Die Gewerkschaft stimmte dem Schlichterspruch einstimmig zu und nun schien es nur noch darum bestellt, die Tarifrunde abzuwickeln. Mit der Präsentation des Ergebnisses hatten die Hauptamtlichen das Heft wieder in die Hand genommen. Die Kolleg:innen wurden in die Vorbereitung der Sitzung nicht einbezogen. Ihnen sollte jetzt vorgerechnet werden, dass das Angebot so schlecht nicht sei. Jedenfalls gut genug, um andere Belegschaften von einer weiteren Streikbeteiligung abzuhalten – so erzählten es zumindest die Hauptamtlichen. »Wollt ihr wirklich alleine streiken?!«, rief unser Vertreter in der Bundestarifkommission der versammelten Belegschaft entgegen. So unsinnig, so effektiv. Noch Tage später war das Märchen einer isoliert weiterstreikenden LVB (Leipziger Verkehrsbetriebe) nicht mehr aus den Köpfen zu bekommen. Im Angesicht der starken Mobilisierung der letzten Monate war die Leichtigkeit, mit der der Streik gebrochen werden konnte, bemerkenswert.

Resümee

Für einen Erzwingungsstreik sei man nicht durchsetzungsfähig gewesen, so resümieren Hauptamtliche die Situation. Aber auch viele Kolleg:innen blickten fortan ängstlich auf einen möglichen unbefristeten Streik. Unsere stärkste Waffe erschien plötzlich als die größte Gefahr: Wenn wir jetzt ablehnten, würden wir alles riskieren. Im Guten wie im Schlechten zeigte sich so, wie stark die Kampfbereitschaft von der Mobilisierung durch die Gewerkschaft bestimmt wurde. Darin spiegelt sich der Mangel an Erfahrung und Selbstbewusstsein unter Belegschaften wider, die seit Jahrzehnten kaum in eine nennenswerte gewerkschaftliche Praxis einbezogen waren, geschweige denn diese selbst mitgestaltet hätten.

Hieran zeigt sich aber auch ein grundlegendes Problem gewerkschaftlicher Praxis: Damit sie Erfolg haben kann, muss es ihr gelingen, an Stelle individueller Kosten-Nutzen-Orientierung eine kollektive Identität zu entwickeln. Ohne Bezug auf eine gemeinsame Überzeugung scheint gewerkschaftliche Betätigung irrational: Sie kostet Zeit, Geld, Nerven und, wenn es

Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) von Georg Herwegh (1863): »Mann der Arbeit aufgewacht, und erkenne deine Macht, alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will…«

hart auf hart kommt, den Arbeitsplatz. Wenn es gelingt, solche beschränkenden Momente durch eine solidarische Praxis aufzuheben, werden Kräfte freigesetzt, die kaum vorherzusehen sind. Wenn nun von diesem Bezugsrahmen abgerückt wird, wenn stattdessen Lohntabellen durchgerechnet werden, wenn von Führungsfiguren das Bild erzeugt wird, man stehe alleine da, dann wird auch dieser, die Auseinandersetzung tragende, Rahmen aufgelöst. An die Stelle des Gemeinsamen tritt die individuelle Abwägung, der eine Fortsetzung des Streiks in erster Linie als Gefahr erscheint. Deshalb bleibt auch die Versicherung, die Mitglieder könnten per Mitgliederentscheid demokratisch über den Ausgang bestimmen, am Ende hohl.

Was bleibt? Der Erfolg dieser Auseinandersetzung besteht zunächst einmal darin, dass es gelungen ist, so viele Kolleg:innen rund um ambitionierte ökonomische Forderungen in Bewegung zu setzen und gewerkschaftlich zu organisieren. Stellenweise machten insbesondere die Aktivsten wertvolle Erfahrungen eigener Wirksamkeit, knüpften Verbindungen innerhalb und in Ansätzen zwischen den Betrieben, was uns in Zukunft stärkt. Die bereits 2020 begonnene Zusammenarbeit mit Teilen der Klimabewegung wurde vertieft, verharrt aber im Modus von Kampagnenpolitik, deren Wirkung bislang fraglich scheint. Die Organisierung innerhalb des Betriebs wurde gestärkt, bleibt aber – gerade im unmittelbaren Nachgang – fragil. Da sich Organizing derzeit großer Beliebtheit erfreut, sei hier nur angemerkt, dass ohne eine bereits etablierte Betriebsgruppe die Strukturen vermutlich einfach eingeschlafen wären. Das wirft – bei allem kurzfristigen Erfolg dieser Ansätze – die Frage nach ihrer langfristigen Wirksamkeit auf. Damit die Gewerkschaften wieder zu Institutionen des sich verschärfenden Klassenkampfes werden, braucht es starke betriebliche Strukturen, aber ebenfalls institutionelle Veränderungen, die eine wirkliche Beteiligung und Kontrolle von unten ermöglichen.

* Marco Hamann arbeitet bei den Leipziger Verkehrsbetrieben, ist dort aktiv in der ver.di-Betriebsgruppe und war Delegierter in der Bezirklichen Arbeitskampfleitung für die TVöD-Runde.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen: AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12